

# Stimme der Freiheit

## Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 1/12

Februar 2012

13. Jahrgang

### Auf ein Wort

Liebe Freunde und Mitglieder der FBU! Auf der Bundesmitgliederversammlung am 14. Januar 2012 in St. Ingbert wurde ich, Detlef Klicker, zum neuen Bundesvorsitzenden der FBU gewählt. Das neue Jahr hat gerade erst angefangen und schon überschlagen sich die politischen Ereignisse. Die sogenannte Jamaika-Koalition im Saarland ist am Ende, eine große Koalition scheiterte an dem Egoismus von CDU und SPD und so stehen wir jetzt vor Neuwahlen.

Allerdings werden wir aufgrund der „weißrussischen Verhältnisse“ im Saarland nicht zur Landtagswahl antreten, weil die Landesregierung wie bei einer regulären Wahl auf der Einwerbung von 900 Unterstützungsunterschriften besteht. Im Gegensatz zu einer regulären Wahl würden aber nur drei Wochen bleiben, um bis zum Abgabetermin am Rosenmontag die von den Einwohnermeldeämtern zuvor noch zu überprüfenden Unterstützungsunterschriften einzureichen. Eine perfide Methode, um politische Konkurrenz auszuschalten! Und das mündet dann in Politikverdrossenheit: Beispielsweise gingen nur ca. 34 % der Wahlberechtigten zur Landratswahl in Saarlouis wählen. Dies zeigt, daß beide großen Volksparteien es nicht mehr schaffen, die Wähler zu mobilisieren, und daß sich viele Wähler von beiden Volksparteien nicht mehr vertreten fühlen. Aber das nehmen die Regierenden in Kauf.

Bei dieser Landtagswahl werden die Bürger nicht über die Politik für dieses Land befragt, wird doch von den Polit-Elefanten nach wie vor die große Koalition favorisiert. Nein, die Bürger werden zu den Urnen gerufen und sollen mit ihren Steuergeldern von über einer Million Euro eine Wahl finanzieren, nur um festzustellen, wer von den beiden Parteivorsitzenden den neuen Ministerpräsidenten stellt und das dicke Gehalt kassiert. Es ist wahrlich keine Freude, wie die Republik verhöhnt wird, und es ist wahrlich keine Freude, als Bürger Brot und Spiele für seine Politiker finanzieren zu müssen. Zeigen Sie diesem unverantwortlichen Verhalten die rote Karte und bleiben Sie deshalb dieses Mal der Wahl fern! Die Demokratie wird ganz gewiss keinen Schaden nehmen, wenn Sie sich diesem unwürdigen Spiel verweigern. Pochen Sie auf mehr Demokratie. Fordern Sie mit uns mehr Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen bei allen entscheidenden Fragen nach Schweizer und nach skandinavischem Vorbild.

Deshalb fordern wir zum Beispiel auch die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk, um parteipolitischen Fehlentscheidungen (wie wir bei Wulff sehen) die Spitze zu nehmen.

Wir erarbeiten weiterhin Alternativen zur etablierten Politik, stellen Sie nach außen dar und werben um Zustimmung beim Bürger. Hier sind alle, die guten Willens sind, aufgefordert, zu helfen, damit sich etwas zum Positiven verändern kann.

Mit freundlichen Grüßen und ein herzliches Glück auf, Ihr *Detlef Klicker*.

### Der neue Bundesvorstand, hervorgegangen aus der Wahl am 14.01.2012:

Vorsitzender: Detlef Klicker, Hohenzollernstr. 47, 66333 Völklingen, Tel.: 0157-85879676,

Stellvertreter: Brigitte Drescher aus dem Saarland und Manfred Schmidt aus Bayern,

Schatzmeister: Elias Friedrich, Tel.: 0176-70582864, Vertreterin: Gisela Müller,

Schriftführer: Roman Maas, Vertreterin: Maria-Rita Sauer,

Beisitzer: Andreas Braun (Wahlkampf), Alexander Isik (Kultur), Johannes Ringwald (Presse).

### Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

Mit Blick auf die Landtagswahl lädt der Kreisverband Völklingen am 22.02.2012 zum **politischen Aschermittwoch** mit anschließendem Heringessen ins Bergmannsheim nach St. Ingbert ein, (Tel. 06894-966578), Neue Bahnhofstr. 15, Beginn um 19 Uhr. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

Auf unserem Stammtisch am Mittwoch, dem 07.03.2012, wird über die Neustrukturierung des Kreisverbandes Völklingen diskutiert. Alle Püttlinger und Völklinger Mitglieder sind herzlich eingeladen. Denn schon jetzt müssen wir die Weichen für die Kommunalwahlen stellen!

**Termine, hier unsere Bürger-Treffen** (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Kreisverband Saarbrücken: **Dienstag, der 13.03.2012** um 19 Uhr im Hotel Sassenberger (Tel. 0681-814719), Kaiserstr. 99, Saarbrücken, Ortsteil Scheidt.  
Parkplätze hinter dem Hotel. Ansprechpartner: A. Braun, Tel. 0681-817312.
- **Politischer Aschermittwoch am 22.02.2012** im Bergmannsheim St. Ingbert um 19 Uhr.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im Café Stormwind (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 0175-3428196.
- Kreisverband Völklingen: der **1. Mittwoch im Monat** außer feiertags, 19.30 Uhr im Hazienda Grill (Tel. 06898-96496), Köllner Str. 1, Püttlingen. Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613.
- Kreisverband St. Ingbert: **Dienstag, den 10.04.2012** und am **Dienstag, dem 22.05.2012** im Bergmannsheim St. Ingbert (Tel. 06894-966578), Neue Bahnhofstr. 15, um 19.30 Uhr.  
Ansprechpartner Elias Friedrich, Tel. 0176-70582864.
- **Achtung! - Landesversammlung und 20-Jahr-Feier** - am Sa., **21.04.2012**, Bergmannsheim St. Ingbert (Tel. 06894-966578), Neue Bahnhofstr. 15, 15 Uhr.

## Geisterfahrt in den Schuldenstaat (von PR)

Bereits heute ist Deutschland weltweit der drittgrößte Schuldenstaat nach den USA und Japan. Der deutsche Bürger wird erdrückt unter ständig steigenden Lasten. Er wird nicht nur zur Finanzierung des aus dem Ruder gelaufenen deutschen Haushalts herangezogen, sondern er darf darüber hinaus auch noch für die EU-Diktatur und für Europas marode Staaten bluten.

### Mit Volldampf in die Schuldenunion

Nun mussten wir auch noch von un-„heimlichen“ Kontoüberziehungskrediten bei der Bundesbank erfahren. Es gibt da ein Verrechnungssystem der Notenbanken, genannt „Target 2“, das, wie in der Kneipe um die Ecke, das Anschreiben erlaubt. Allerdings mit einem feinen Unterschied: „Target 2“ erlaubt das zeitlich unbefristete(!) und somit grenzenlose Anschreiben der Zentralbanken untereinander, was sich die Pleitestaaten zu Nutze machen. So haben sie bei der deutschen Notenbank Überziehungskredite in Höhe von über 495 Milliarden Euro (Ende Dez. 2011) anschreiben lassen, für die die deutschen Bürger und Steuerzahler mit 27 Prozent (dem deutschen Anteil an der Europäischen Zentralbank) haften! Und während Sie das alles lesen, geht das Anschreiben fröhlich weiter...

Die gesamten Forderungen der Deutschen Bundesbank an das Ausland beliefen sich Ende 2011 auf insgesamt über 750 Milliarden(!) Euro, weiter steigend, aber wohin?

Bundesbankchef Jens Weidmann und die Notenbanker monierten in ihrem Bericht vom August 2011: „Während Staaten mit unsolider Haushaltspolitik auf Hilfen rechnen können, werden Länder mit soliden Finanzen stärker zur Finanzierung herangezogen.“ Ferner monierten sie, das diese Pleitestaaten „zu sehr vorteilhaften Konditionen“ vom freien Kapitalmarkt abgeschirmt werden und dadurch ihre neuen Schulden sogar günstiger finanzieren können als die helfenden Länder!

Um die Stabilität des Euro geht es den Pleitestaaten dabei nicht. Sie fordern die Euro- bzw. (De-)Stabilisierungs-Bonds lediglich, um weiterhin auf Deutschlands Kosten in Saus und Braus zu leben, wie schon der seinerzeitige italienische Finanzminister Giulio Tremonti klarstellte:

„Wenn wir die Euro-Bonds schon hätten, könnten wir uns die Sparbeschlüsse sparen.“ !!!  
Mittlerweile haben sich mit dem Rettungsschirm die helfenden Länder noch zusätzlich verhoben. So ist nicht nur Frankreichs Bonität durch seine Teilnahme an diesem riesigen Zockerbanken-Rettungsschirm gefährdet.

Zwar verbietet die „No Bail Out“-Klausel in Artikel 125 des EU-Vertrages die Haftung eines Staates für die Schulden eines anderen, nicht aber, so unser Finanzen-Zerrüttungs-Minister Wolfgang Schäuble, die *freiwillige* Haftungsübernahme, um seine dummen Deutschen nun noch munterer für die große Sause unserer vielen „Freunde“ von Griechenland bis Irland zahlen zu lassen. Dabei braucht alleine Italien trotz aller Sparanstrengungen für 2012 und 2013 weitere 500 Milliarden Euro, um nicht vorzeitig „abzukacken“. Italien ruft um Hilfe, *obwohl* der italienische Staat über 650 Milliarden Euro an Firmenbeteiligungen und Immobilien und über 100 Milliarden Euro an Gold verfügt. Schließlich wird uns und unseren Kindern wie immer die Geschichte die Rechnung präsentieren für die verfehlte Politik der von uns gewählten Repräsentanten, und sie wird uns nichts nachlassen.

„Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien haben zusammen 3.100 Milliarden Euro Staatsschulden. Das ist zweimal so viel, wie die deutsche Vereinigung gekostet hat. Wollen Sie im Ernst, daß unsere Kinder dafür haften?“ (Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung im *Spiegel* Nr. 34/2011, S. 71).

Denn Staatsverschuldung ist Bürgerverschuldung, ist meine, Deine und Ihre Verschuldung! So wurde hierzulande ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in 2009 mit 41,3 % direkten Abgaben belastet. Hingegen waren es in Italien nur 29,3 %, in Frankreich 27,7 %, in Großbritannien 25,3, in den USA 22,4 %, in der Schweiz 21,5 und beim Pleitekandidat Spanien gar nur 19,7 %.

Auch während des Aufschwungs in 2010 und 2011 sind die Löhne nach Abzug der Inflationsrate und der kalten Progression (Steuern) weiter gesunken. Und das „muß“ so sein! Denn unsere Wirtschaft muß immer mehr verdienen, damit sie „brummt“. Und sie muß brummen, damit unsere Regierung immer mehr Steuern einnimmt. Und sie muß immer mehr Steuern kassieren, damit sie immer mehr Geld ans Ausland verschenken kann. Und wir müssen immer mehr Geld verschenken, damit unsere geliebten Griechen, Portugiesen, Spanier und Italiener dafür wieder deutsche Waren kaufen können. In dieser Spirale gefangen ist der deutsche Arbeitnehmer, bis er eines Tages nur noch Sklavenarbeit für seine „ausländischen Freunde“ und die Zocker-Banken verrichten darf! Die hierzulande auf über 900.000 Leiharbeiter (in China würde man Wanderarbeiter sagen) angewachsenen und unterbezahlten Menschen sind nur eine Seite der von unserer Bundesregierung auch noch geförderten Ausbeutung des Menschen durch unsere europäischen „Freunde“.

### Unsere Kanzlerin – Von der Märchentante zur Räuberbraut

„Nach unseren Berechnungen haben die Deutschen seit Einführung des Euro 50 Prozent an Kaufkraft, die sie ohne den Euro hätten, eingebüßt. Hätten wir noch die Deutsche Mark, wären die Löhne und Gehälter um 50 Prozent real gestiegen.“ (Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider im Gespräch mit dem *Compakt-Magazin*, Ausgabe 8/2011). Statt hierüber etwas zu lesen, titelte die BILD vom 01.10.2011 groß auf Seite 2: „Deutschland wird zum Job-Paradies ... ein Schlaraffenland für Arbeitnehmer“. Als ich das las, kam ich mir vor wie in einer Jubel-Diktatur. Nord-Korea könnte da wohl noch etwas lernen...

Europa: Alle für einen? Nein, Europa ist, wenn Deutschland zahlt. In T-europa wird die Solidarität auf den Kopf gestellt. Statt alle für einen, soll Deutschland für alle einstehen!

Einer der letzten *echten* Bankiers, Ludwig Poullain, ist schockiert vom Verhalten seiner Zocker-Kollegen und von der Unfähigkeit unserer Regierung: „Alle Beteiligten sehen die Aussichtslosigkeit. Aber weil nicht sein kann, was nicht sein darf, spricht es keiner aus ... Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube mehr. Wenn ich Merkel und Schäuble sehe, diese für Deutschland zwei zentralen Figuren in dieser Frage, wird mir bange. Frau Merkel ist ein Verhängnis für unser Land in dieser Zeit ... Ich glaube mittlerweile an den Knall. Meine Lebenserfahrung spricht dagegen, dass sich vorher etwas ändert.“

Und fast unbemerkt hat schon die erste US-Rating-Agentur (Egan-Jones) Deutschlands Kreditwürdigkeit wegen der Risiken aus dem „Euro-Rettungsschirm“ auf AA- herabgestuft.

### EU-Finanzgebaren = EU-Finanz-Verbrechen?!

Schon in der *Stimme der Freiheit* 2/2011 wiesen wir darauf hin, dass der Chef der Euro-Gruppe, Jean Claude Juncker (laut Focus) empfahl: „Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren. Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“ Seitdem hören wir nur noch Durchhalte-Propaganda vom EU-„Zentralkomitee“.

In unserer Ausgabe 3/2011 legten wir die Finger in die Wunde und zeigten die gebrochenen Versprechen unserer Kanzlerin auf, den Bruch des Maastricht-„Stabilitäts“-Vertrages sowie den Bruch des Grundgesetzes.

Ferner wiesen wir auf sogenannte „Geheimbürgschaften“ für Griechenland hin, die vorbei an der Öffentlichkeit vergeben werden. Weiter wurde bekannt, daß andere Länder für ihre Beteiligung am zweiten Euro-Hilfspaket von Griechenland Sicherheiten fordern und auch erhalten, wie zum Beispiel Finnland; während Deutschland in die Röhre schaut. Auch Verfassungsrichter a.D., Paul Kirchhof, monierte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 21.08.2011, daß die Deutschen bei der „Euro-Rettung“ hinters Licht geführt werden: „Wir werden aufgefordert, Solidarität mit Griechenland zu üben. Aber im Kern üben wir Solidarität mit dem Finanzmarkt... Da werden Forderungen und Beteiligungen drei-, vier-, fünfmal verkauft. Auf jeder Stufe gibt es Käufer und Verkäufer, Berater und Prüfer, Versicherer und Rückversicherer, die alle ihren Staubsauger angestellt haben, um Gewinne abzusaugen.“

Der kleine Mann wird mit seinen Ersparnissen und seiner Arbeitskraft zur „Solidarität“ mit der Großfinanz gezwungen. Während zu den Selbständigen der Steuereintreiber und zu den Kleinunternehmern der Kuckuck kommt, während der Pleitegeier über einem ganzen Land immer tiefer seine Kreise zieht, während bei den Bürgern im Hintergrund schon der Insolvenzverwalter lauert, - fliegt der rettende Bundesadler vorbei - zu den Zockerbanken!

## Deutschland – Fußabtreter Europas?

Die forcierte Weiterentwicklung der EU weg von einem Staatenbund, hin zu einem Bundesstaat, „ist verfassungswidrig“, denn sie „gefährdet den Bestand der Bundesrepublik Deutschland als existenziellen Staat, also die Souveränität Deutschlands“ (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52-53/2000).

Obwohl Deutschland mit über 27 Prozent den größten Teil des haftenden EU-Kapitals stellt, hat die Bundesrepublik diesbezüglich mit zwei Stimmen denselben Stimmenanteil wie z. B. Portugal, das lediglich 2,5 Prozent des Kapitals stellt. Im EU-Parlament wiegt die Stimme eines Abgeordneten von Malta 11mal schwerer als die Stimme eines Deutschen! Und ab 2014 soll Deutschland als einziger EU-Staat noch weitere 3 Sitze einbüßen. Allein Deutschland finanziert den EU-Haushalt mit 20 %, ist aber an der EU-Regierung, der „Kommission“, nur mit 3,7 % vertreten und verfügt im EU-Rat lediglich über 8,4 % der Stimmen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Doch im Ergebnis kann die EUdSSR, die *Europäische Union der Südländischen Schuldenrepubliken*, auf diese Art trefflich über deutsches Geld und deutsche Interessen hinweg bestimmen.

Was glauben Sie denn, warum es in der EU den sogenannten „Britten-Rabatt“ gibt? Die Briten sind wie Deutschland weniger eine Agrar-, als vielmehr eine Industrienation, - im Gegensatz zu Frankreich. Die Agrarsubventionen, die im Rahmen der EU gezahlt werden, gehen vor allem an Frankreich, das auf diese Art auch ohne Friedensvertrag mit Deutschland in den Genuß hoher Reparationszahlungen kommt. Da aber Großbritannien zu den Siegern im Zweiten Weltkrieg gehört, erhält es den „Brittenrabatt“, weil es andernfalls ja auch zur Finanzierung des französischen Staatshaushalts beitragen müsste, was es – verständlicherweise - partout nicht einsieht!

Der konservative Niederländer Dr. F. du Buy erklärt das „Kleinhalten“ der Deutschen in der EU damit, dass es trotz zweier Weltkriege gegen Deutschland nicht gelungen ist, die deutsche Wirtschaftskraft zu brechen: „Die beiden Weltkriege wurden von den Kriegsgegnern der Deutschen im Grunde genommen in erster Linie nur geführt, um die wirtschaftlichen Interessen dieser Kriegsgegner zu sichern... Vergleicht man die unverhältnismäßig starken Lasten, die die BRD zur „Rettung“ der maroden Eurowährung zu tragen hat, mit den Leistungen, die andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zu erbringen haben, kann man nur feststellen, daß sich dies nur vergleichen läßt mit einer Kriegführung gegen die Deutschen mit anderen Mitteln, als in einem heißen Krieg...“ Dazu der seinerzeitige EU-Kommissar Verheugen: „Die Deutschen haben das ganze System Europa nicht verstanden. Die Europäische Einheit gibt es allein Deutschland wegen, besser gesagt, gegen Deutschland...“ Wahrscheinlich ist das auch der Grund(?!), warum Griechenland mit 133.000 Soldaten - umgerechnet auf seine elf Millionen Einwohner – die mit Abstand größte Armee Europas unterhält. Kein Land in Europa investiert pro Kopf auch nur annähernd soviel Geld in Waffen wie Griechenland. Deutschland wird nun für Griechenlands Militarisierung zur Kasse gebeten. Hierzu hört man kein Wort der Kritik von unseren doch ach so friedensbewegten Grünen und Linken. Stattdessen wollen Sie mit „Euro-Bonds“ den Griechen noch mehr Geld zukommen lassen, offenbar für deren weitere Aufrüstung und für weitere Goldkäufe der griechischen Notenbank.

Was schon viele in Europa denken, brachte unlängst der Vize der portugiesischen Sozialisten auf den Punkt: „Wir haben eine Atombombe, die wir gegenüber den Deutschen und Franzosen nutzen können. Diese Atombombe besteht darin, daß wir einfach nicht mehr zahlen.“

## „Implizierte Staatsverschuldung“

Die Sozieté General hat im Jahre 2010 die implizierte Staatsverschuldung durch für die Zukunft eingegangene Verpflichtungen (noch ohne den großen EU-Rettungsschirm) für Deutschland mit einer untragbaren Belastung von 418 Prozent und für Frankreich mit 549 Prozent ermittelt. Die höchste zukünftige Belastung in Europa weist ausgerechnet Polen auf, ein Land, das jährlich Milliarden aus der EU-Kasse und somit vor allem von Deutschland erhält, und dennoch eine implizierte Staatsverschuldung von 1550 (!) Prozent aufweist. Der Staatsbankrott Polens ist unabwendbar, er kann nur durch noch mehr Milliardenzahlungen über dieses Jahrzehnt hinaus verzögert werden.

## Einsame und selten ehrliche Ruferin in der Wüste

Nana Mouskouri, griechische Sängerin und ehemalige EU-Abgeordnete: „Auch die Griechen müssen lernen, daß man Schulden begleichen muß. Wir haben die vergangenen 30 Jahre ... in einer Lüge gelebt, in einem falschen Wohlstand... Alles wurde mit europäischem Geld finanziert, – die Häuser, die Autos, die Wahlen. Europa hat das Recht, darüber verärgert zu sein.“

## Europas schwarze Kassen

Neuerdings werden nun auch noch solche Ausgaben der EU der gebotenen Transparenz entzogen, die für verantwortungslose Geldverschwendung und den Unterhalt schwarzer Kassen stehen.

„Vertrauliche Zahlungen“ aus geheimen Haushaltsposten der EU gab es schon immer, z. B. wenn Oppositionsgruppen in Diktaturen unterstützt wurden. Doch dieses Instrument wird von der EU-Kommission zunehmend dazu verwendet, nach Möglichkeit überhaupt nicht mehr über den Verbleib von Geldern Rechenschaft ablegen zu müssen. Das „Brüsseler Politbüro“ stuft umstrittene Projekte einfach als „vertraulich“ ein, damit der Bürger gar nicht erst auf den Gedanken kommen kann, Informationen über Sinn oder Unsinn der Projekte einzufordern, wie z. B. 79 Millionen Euro für die Gesundheits- und Wasserversorgung Moldawiens, 50 Millionen Euro für ein Computersystem in Honduras, über 100 Millionen Euro an palästinensische Behörden oder gar 109 Millionen Euro, die an 2.311 anonyme Empfänger gingen, darunter große Summen an EU-Bürger, für die ganz gewiss kein Sicherheitsrisiko bestünde, wenn man sie, wie in jedem ordentlichen Finanzhaushalt, öffentlich mit Namen ausweisen würde. Wir danken dem fraktionslosen österreichischen Europa-Abgeordneten Martin Ehrenhauser, der sich akribisch bemüht, die dunklen Machenschaften der EU-Kommission aufzudecken. Seine Lebenserwartung dürfte wohl nicht allzu hoch sein...

Aber wie soll eine deutsche Regierung dem Einhalt gebieten, die selbst mit schwarzen Kassen arbeitet. Die Rot-Schwarzen schufen 2008 den Sonderfonds Finanzmarktstabilität (SoFFin) zur Bankenfinanzierung, der im Bundeshaushalt nicht auftaucht und insoweit als Schattenhaushalt geführt wird. Die Schulden des SoFFin werden darüber hinaus als „Sondervermögen“ des Bundes bezeichnet. Schulden als „Vermögen“! Treffsicher und gekonnt verkauft man uns Deutsche mit propagandistischen Worthülsen nicht nur für dumm, sondern schon für saudumm! Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist in der EU nicht mehr möglich. Wieder einmal beweist sich: Bei Geld hört die Freundschaft auf. Wir fordern den Austritt Deutschlands aus der Währungsunion. In Barcelona lehrt der Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth. Er empfahl im Spiegel vom 29.08.2011, das Deutschland und andere Hartwährungsländer den Euro verlassen: „Der Euro kann in seiner jetzigen Form nicht überleben. Wir müssen anfangen, die kulturellen Unterschiede in der EU ernstzunehmen. Spanier sind nun einmal nicht Holländer, und Griechen sind keine Deutschen. Wenn es nicht zur Transferunion kommen soll, müssen Länder aus der Eurozone ausscheiden...“

Ein erster Regierungschef sprach am 29.08.2011 klare Worte. Der tschechische Premierminister Petr Necas: „Wir waren mit dem Beitritt zu einer Währungsunion einverstanden, nicht aber mit dem Beitritt zu einer Transfer- und Schuldenunion.“

Übrigens: Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvor kommt. Doch das verlangt vorausschauende Politiker. Früher nannte man diese heute selten gewordene Spezies „Staatsmänner“. In Deutschland müsste man sie unter Artenschutz stellen, - doch leider sind sie hierzulande schon lange ausgestorben.

## Gutgläubige Deutsche

Finanzen-Zerrüttungsminister Wolfgang Schäuble vor Einführung des T€uro: „Ihr könnt darauf vertrauen, daß der Euro eine stabile Währung sein wird. Das funktioniert.“ Vor der Abschaffung des Euro, pardon, der Reichsmark, glaubten die meisten Deutschen noch im März 1948, ihre Sparguthaben seien sicher. Dabei war die D-Mark längst gedruckt und kurz darauf verloren sie dann auch fast ihr ganzes Ersparnis.

CDU-Bundestagsabgeordneter Wolfgang Bosbach (CDU) bei der Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm zu Ronald Pofalla: „Ronald, guck bitte mal ins Grundgesetz, das ist für mich eine Gewissensfrage!“ Der „ehrenwerte“ Bundesminister Ronald Pofalla: „Laß mich mit so einer Scheiße in Ruhe!“

Und diese „ehrenwerte“ Gesellschaft wählen Sie noch?

## Rückbesinnung zur Vernunft

Der Historiker Arnulf Baring prophezeite schon vor 15 Jahren, dass der Euro wegen der unverbindlichen Beitrittskriterien nicht von Bestand sein kann, sieht im Ende des Euros aber auch eine Chance (Focus, 07.11.2011): „Die Chance, die der Fundamentalkrise innewohnt, besteht in der Rückbesinnung auf die Nation. Sie muß wieder als Schicksalsgemeinschaft erfahrbar sein. Von der deutschen Vorstellung, das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorüber, sollten wir uns verabschieden. Außerhalb Deutschlands hat das nie jemand geglaubt.“

Es wird Zeit, liebe Freunde, dass wir mit aufrechtem Gang *diese EU* verlassen, bevor uns die Brüsseler Hütchenspieler mit ihren „Euro-Bonds“ auch noch das letzte Hemd stehlen werden!

## Das Letzte

Immer wieder geistert die Forderung nach einem NPD-Verbot durch die Medien. Doch die Bedenkenträger argumentieren zu Recht, daß die V-Leute auf über 100 Agenten in den führenden Positionen der NPD geschätzt werden. Und das bei gerademal 6000 Mitgliedern bundesweit. Wie groß sind die Führungsgremien einer kleinen Partei? Sind 100 Köpfe da nicht schon ein Wasserkopf?

Und dann stellt sich noch die Frage, inwieweit die NPD als Partei überhaupt etwas mit dem braunen Sumpf, dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ zu tun hat, reichen doch die Verbindungen des aufgeflogenen NSU nicht nur in die Verfassungsschutzämter, sondern wie es aufgrund der „aufgefundenen“ echten falschen Ausweispapiere aussieht, sogar bis in den Bundesnachrichtendienst.

Nun kann man die Agenten in der NPD natürlich nicht einfach abziehen. Denn dann wären sie enttarnt! Außerdem wären die Führungsgremien der NPD so geschwächt, daß die NPD wahrscheinlich arbeitsunfähig wäre. Und das wäre für die Verfassungsschützer ebenso wie ein NPD-Verbot wahrlich ein Desaster! Sie wären über Nacht arbeitslos! Wer würde dann noch die verfassungsfeindliche Propaganda verfassen? Wer die jungen Menschen zu rechter Gewalt aufhetzen? Wer dem Ausland das Schmierstück von den Nazi-Hunnen vorspielen?

Wer würde dann noch ablenken von der verbrecherischen Politik rund um den Euro? Wer würde uns Deutsche dann noch ablenken von dem Bruch des Grundgesetzes. Mit was also sollte man uns Deutsche dann noch von der wahren Politik fernhalten: von dem Verlust der letzten Reste an Souveränität und dem stillen Marsch in die europäische Diktatur?!

Wenn man den Verfassungsschutz nicht noch für die mehr schlechte als rechte Abwehr linker Gewalt und des gewalttätigen Islamismus bräuchte, so wäre es ein leichtes, mit rechter Gewalt aufzuräumen. Dann gäbe es nur eine Empfehlung:

Verbietet den Verfassungsschutz!

PR

## Der Ahnenpaß der Sozialisten schreibt erneut Geschichte.

Der SPD-Chef Sigmar Gabriel hat seiner Partei eine Migrantenquote von 15 Prozent für die SPD-Führungsgremien verordnet. Auch die unteren Gremien sollen dem Beispiel folgen. Wie ein Migrant die deutsche Leitkultur vorleben und deutsche Interessen in der Politik vertreten soll, diese Antwort bleibt Herr Gabriel schuldig. Eine Quote scheint immer dort notwendig zu sein, wo sich jemand mit ihr wichtig machen will, aber auch dort, wo die Fähigkeiten nicht ausreichen, um ohne Quote mitreden zu können, siehe z. B. die Frauenquote! Was für ein Glück, daß die FBU fähige Frauen in ihren Reihen hat und somit auf eine Quote nicht angewiesen ist.

Wenn die SPD irgendwann einmal alle ihre „Räte“ aufgrund irgendeiner Quote bestimmt, dann erübrigen sich auch demokratische Wahlen. Dann geht es nicht mehr um Leistung, sondern wie in der mittelalterlichen Stände- oder Adelsgesellschaft um durch Geburt erworbene Ansprüche. Zudem stinkt diese Vorgehensweise furchtbar nach Rassismus pur. Schon einmal in der deutschen Vergangenheit brauchte man den Ahnenpaß. Damals mußte man nachweisen, daß man arisch ist, um - unter den National-Sozialisten - sich den Aufstieg in Amt und Würden zu erleichtern.

Und wieder braucht man einen Ahnennachweis, und wieder bei den Sozialisten (bei unseren neuen Sozialisten, denen, ohne das Wörtchen „national“ vorne dran). Wieder muß ein Parteimitglied Rassenforschung betreiben. Das Zauberwort lautet nun nicht mehr, „arisch“, also gut deutsch zu sein, sondern stattdessen migrantisch, also möglichst *nicht* gut deutsch zu sein! Und wer darüber hinaus noch einen gendernmäßigen Nachweis seiner Weiblichkeit erbringen kann, dem oder der Männ'in steht dann in unserer offenen Gesellschaft einer blendenden Parteikarriere nichts mehr im Weg. Nicht einmal mehr die eigene Unfähigkeit!

PR

## Der politische Witz

Mit strenger Miene fragt der Vater seinen achtjährigen Sohn: „Hast Du der Mama auch die ganze Wahrheit gesagt?“ Karlchen: „Mmmh, Papa, ich hab' etwas gewulfft!“

**Impressum, Herausgeber:** Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite: [www.freie-bürger-union-bundesverband.de](http://www.freie-bürger-union-bundesverband.de),

**V.i.S.d.P.:** Reinhold Rupp, Chefredakteur, Mail-Adresse: [reinholdo1@gmx.de](mailto:reinholdo1@gmx.de)

**Anschrift:** FBU, Reinhold Rupp, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: 0175-3428196, Fax: 06831-3554

**Erscheinungsweise:** 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700

**Bezugspreis:** Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

**Bankverbindung:** FBU Saar, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.

Der Staatssekretär vom Zeit-Geist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!